

Agnes Alpers zum Mietrechtsänderungsgesetz

Am 13. Dezember wurde im Bundestag ein neues Mietrechtsänderungsgesetz beschlossen. DIE LINKE hat dagegen gestimmt, weil dadurch die Rechte von Mieterinnen und Mietern erheblich abgebaut wurden. So können MieterInnen die Miete nicht mehr mindern, wenn sie aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen zum Beispiel Strom und Wasser abgestellt und dadurch die Wohnqualität erheblich beeinträchtigt wird. Außerdem haben sie bei Modernisierungsmaßnahmen kein Mitspracherecht mehr. Der Vermieter muss die Maßnahmen nur noch ankündigen. Können MieterInnen die durch die Modernisierungen höheren Mieten nicht mehr zahlen, so können sie leichter gekündigt und zwangsgeräumt werden. – Auf diese Weise hat die Bundesregierung unter dem Deckmantel von Energieeffizienz und Klimaschutz dafür gesorgt, Rechte von MieterInnen umfangreich zu beschneiden.

Wir bleiben dabei: Wohnen ist ein Menschenrecht. Gutes Wohnen muss für alle bezahlbar sein. Modernisierungen müssen ökologisch und sozial gestaltet werden.

Im Folgenden habe ich eine kurze Zusammenfassung über die Sichtweise der Bundesregierung und ihre Lösungen geschrieben und die neuen Regelungen unseren Forderungen gegenübergestellt.

Agnes Alpers